

FDP Landesverband Berlin · Dorotheenstr. 56 · 10117 Berlin

Tierschutzverein für Berlin und
Umgebung Corp. e.V.

Per E-Mail

Ihre Wahlprüfsteine zur Abgeordnetenhauswahl 2021

Berlin, 08. Juni 2021

Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer

marcel.schwemmlin@fdp.de
www.fdp-berlin.de

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56
10117 Berlin

T: 030 278959-0

Sehr geehrte Frau Rönspieß,
sehr geehrte Frau Stasny,

vielen Dank für Ihre Nachricht und Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten im Land Berlin. Die von Ihnen übermittelten Fragen darf ich wie folgt beantworten:

1) Hunde in Berlin **a) Freilaufflächen**

Wird Ihre Partei weitere Auslaufflächen im Berliner Stadtgebiet schaffen?

Wenn ja, wo?

Wenn nein, warum nicht?

Ja, wir setzen uns für mehr Auslaufflächen für Hunde in den Berliner Bezirken und in den Berliner Forsten ein. In den Berliner Bezirken wollen wir mindestens eine Auslauffläche pro Bezirk. Die genauen Lagen müssen allerdings nach bezirksspezifischen Bedarfen erarbeitet werden.

b) Rasseliste

Wird sich Ihre Partei für die Abschaffung der Rasseliste in Berlin einsetzen?

Wenn nein, warum nicht?

Ja, wir wollen die Rasseliste abschaffen. Wir sind nicht der Auffassung, dass die Rasseliste ein geeignetes Instrument zur Beurteilung der „Gefährlichkeit“ von Hunden ist. Zwar ist es unstrittig, dass es einen Zusammenhang zwischen der Anzahl von Beißvorfällen und bestimmten Rassen gibt, diesen Vorfällen liegen aber in der Regel Versäumnisse der Hundehalter zugrunde. Daher wehren wir uns gegen die pauschale Verurteilung von Hunden und Hundehaltern aufgrund der Verfehlungen Einzelner.

c) Sachkundenachweis

Wird Ihre Partei die Einführung eines solchen Hundeführerscheins fordern?

Wenn nein, warum nicht?

FDP Landesverband Berlin
Dorotheenstraße 56, 10117 Berlin
Telefon: +49 30 278959-0

Landesvorsitzender: Christoph Meyer MdB
Landesgeschäftsführer: Marcel Schwemmlin
E-Mail: fdp-berlin@fdp.de, Internet: www.fdp-berlin.de

Einen verpflichtenden Hundeführerschein halten wir nicht für zielführend. Denkbar wäre jedoch ein Anreizsystem für Hundehalter mit Hundeführerschein, wie z.B. die Nutzung von geschützten Grünanlagen oder die kostenlose Mitnahme des Hundes bei der BVG.

2) Für eine Forschung ohne Tierversuche

a) Fokus auf Ersatzmethoden

Wird Ihre Partei den Ersatz von Tierversuchen (Replace) verstärkt fördern?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Wir unterstützen die Forderung nach einer besseren Förderung von tierversuchsfreier Forschung. In diesem Zusammenhang setzen wir uns für einen Tierschutzforschungspreis auf Landesebene ein, mit dem die Forschung an Alternativmethoden zu Tierversuchen gestärkt wird und wünschen uns, dass die Verleihung direkt durch den Regierenden Bürgermeister sowie die für Forschung und Tierschutz zuständigen Senatsmitglieder erfolgt, um dem Preis zu politischem Gewicht zu verhelfen.

Ferner fordern wir die nachhaltig finanzierte Einrichtung einer Stiftungsprofessur für Alternativmethoden zu Tierversuchen in Berlin. Wir sprechen uns zudem für ein Berliner Kompetenzzentrum für Alternativen zu Tierversuchen aus. Wir wollen sicherstellen, dass die Studierenden und die Forschenden in unserer Stadt durch eine zeitnahe Weiterbildung bei den Alternativmethoden immer auf dem neuesten Stand der Wissenschaft sind und moderne Alternativen zu Tierversuchen anwenden, wo immer diese verfügbar sind.

b) Solidaritätsabgabe für Versuchstiere

Wird Ihre Partei die Betreuung und Vermittlung von Versuchstieren durch Tierschutzvereine finanziell unterstützen?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Dazu haben wir als FDP Berlin noch keine abschließende Positionierung erarbeitet.

c) Verbot schwerst belastender Tierversuche

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Tierversuche mit dem Schweregrad 3 zu verbieten?

Antwort bitte begründen.

Wie bereits oben erläutert, ist das erklärte Ziel liberaler Politik, Tierversuche durch fortschrittliche Alternativmethoden obsolet zu machen. Ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen lehnen wir allerdings ab, da diese insbesondere bei der Erforschung von Therapiemöglichkeiten für schwerste Erkrankungen zurzeit noch nicht völlig ersetzbar sind. Hier müssen – in einem eng gesetzten rechtlichen Rahmen – Tierversuche auch mit Schweregrad 3 zum Wohle der Allgemeinheit weiter möglich sein.

d) Tierversuche an Hochschulen

Wird Ihre Partei die Lehre an Berlins Hochschulen auch ohne Tierversuche ermöglichen?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

In verschiedenen Bereichen ist der Verzicht auf Tierversuche im Studium möglich und wird an einzelnen Hochschulen auch umgesetzt. Es gibt auch in Berlin im naturwissenschaftlich-medizinischem Bereich Studiengänge, die auf Tierversuche verzichten. Auch gibt es Tierversuche, die keine Leiden verursachen und bei denen keine Tiere getötet werden, weshalb die Frage differenziert zu betrachten ist. Wir wollen die Hochschulen jedenfalls zum weitergehenden Einsatz von Alternativen zu Tierversuchen ermutigen, respektieren aber die Wissenschafts-freiheit der einzelnen Hochschulen.

e) Verbandsklage

Wird Ihre Partei es ermöglichen, zukünftig im Bereich der Tierversuche ebenfalls die Anfechtungsklagen anzuwenden?

Wenn ja, wann?

Wenn nein, warum nicht?

Wir halten die in dieser Legislaturperiode getroffenen Regelungen zur Einführung des Tierschutz-Verbandsklagerechts grundsätzlich für einen zielführenden Ansatz und möchten die realen Wirkungen des Gesetzes erst einmal verfolgen und auswerten, bevor weitere Ansätze und Möglichkeiten diskutiert werden.

f) Ausstiegsplan aus dem Tierversuch

Wird Ihre Partei sich für die Erarbeitung eines konkreten Ausstiegsplans aus dem Tierversuch einsetzen?

Wenn ja, wie und mit welchen Akteur*innen?

Wenn nein, warum nicht?

Wir teilen die Zielsetzung, so schnell wie möglich Tierversuche durch alternative Forschungsmethoden zu ersetzen. Die Festlegung eines bestimmten Datums ist in diesem Prozess allerdings abhängig vom wissenschaftlichen Fortschritt und deshalb vorab nicht einfach festlegbar.

Da die Auflagen für Tierversuche hoch sind, haben Wissenschaft und forschende Unternehmen auch selbst ein großes Interesse an alternativen Versuchsmethoden. Wie setzen daher bei der Erforschung tierversuchsfreier Forschungsmethoden auf die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, damit diese Alternativen schnellstmöglich umgesetzt werden und auf Tierversuche möglichst bald verzichtet werden kann.

3) Tierschutz und Bildung

Wird Ihre Partei Tierschutz und Tierethik in Lehrplänen und Curricula stärken sowie die Tierschutzbildung durch Tierschutzvereine finanzieren?

Das Berliner Schulgesetz legt richtigerweise fest, dass einer der zentralen Bestandteile des Bildungs- und Erziehungsauftrages unserer Schulen die Heranbildung von Persönlichkeiten sein muss, die die das staatliche und gesellschaftliche Leben im Einklang mit Natur und Umwelt gestalten. Dieses

Anliegen unterstützen wir Freien Demokraten ausdrücklich. Dies umfasst nach unserem Verständnis auch den Tierschutz.

4) Tiernutzung in der Unterhaltungsindustrie

a) Wildtiere im Zirkus

Wird Ihre Partei Wildtierleid in Zirkussen bei Berliner Gastspielen beenden?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Wir Freien Demokraten Berlin setzen uns für ein Verbot von Tierarten in Zirkussen ein, deren Haltung und Transport nicht artgerecht durchführbar sind. Dazu gehören z.B. Primaten, Elefanten, Großbären, Giraffen, Nashörner oder Flusspferde. In jedem Fall muss ein Vorgehen nach einzelnen Tierarten auf veterinärwissenschaftlicher Grundlage erfolgen. Zur Umsetzung ist sicherzustellen, dass die Veterinärämter der Bezirke verbindlich und einheitlich vorgehen und entscheiden. Regelmäßige Kontrollen sind dabei Voraussetzung für eine konsequente Durchsetzung der Ziele, dafür muss ausreichend Personal verfügbar sein.

b) Tiernutzung auf Jahr- und Weihnachtsmärkten

Wird Ihre Partei ein berlinweites Verbot auf Jahrmärkten, Weihnachtsmärkten und ähnlichen Festveranstaltungen fordern?

Antwort bitte begründen.

Ein komplettes Verbot von Tieren auf Jahr- und Weihnachtsmärkten fordern wir nicht. Tiere müssen aber ausreichend Platz und Schutz vor Stress und Angst haben, was in sehr vielen Situationen auf solchen Märkten gar nicht möglich ist und deshalb dann auch unterbunden werden muss. Wir unterstützen dazu stärkere Kontrollen durch die bezirklichen Veterinärämter und wollen diese auch so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben im Bereich Tierschutz nachkommen können.

c) Kutschpferde in der Stadt

Wird Ihre Partei die Kutschfahrten in Berlin Innenstadt beenden?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Ja, wir halten Kutschfahrten in der Berliner Innenstadt für eine zu hohe Belastung für die Tiere und unterstützen ein vollständiges Verbot, auch wenn dieses rechtlich schwer umsetzbar ist.

5) Heimtierschutz

a) Illegaler Heimtierhandel

Wird Ihre Partei den illegalen Tierhandel unterbinden?

Wenn ja, mit welchen Maßnahmen?

Wenn nein, warum nicht?

Ja, der illegale Tierhandel und insbesondere der illegale Welpenhandel müssen effektiv unterbunden werden. Hierzu gilt es, die Berliner Ermittlungsbehörden personell und finanziell zielgenau und nachhaltig auszustatten und die Kontrolldichte zu erhöhen.

b) Exotenbörsen

Wird sich Ihre Partei für ein berlinweites Verbot des Verkaufs und der Zurschaustellung von exotischen Tieren auf Messen und anderen Veranstaltungen einsetzen?

Antwort bitte begründen.

Nein, wir sehen allerdings den Bedarf, den Handel mit Exoten deutlich strenger zu reglementieren. Das gilt gerade auch für Exotenbörsen. Es muss sichergestellt werden, dass die Tierschutzgesetze eingehalten werden, was derzeit regelmäßig nicht der Fall ist. Zuwiderhandlungen sind deshalb konsequent und zeitnah zu ahnden, die Kontrolldichte ist zu erhöhen.

c) Heimtierschutzgesetz

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für die Einführung des längst überfälligen Heimtiergesetzes, welches neben Regelungen zu Haltung, Zucht und Handel auch eine generelle Pflicht zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren beinhaltet, einsetzen?

Wenn nein, warum nicht?

Die Zielrichtung der gerade erlassenen Berliner Katzenschutzverordnung, die eine Kennzeichnung und Registrierung freilaufender Katzen vorsieht, unterstützen wir. Zu einer Registrierung und Kennzeichnung aller Heimtiere haben wir uns als FDP Berlin noch keine Positionierung erarbeitet.

6) Jagd

Wird Ihre Partei eine wildtier- und tierschutzfreundliche Novelle des Berliner Jagdgesetzes initiieren?

Antwort bitte begründen.

Wir Freien Demokraten stehen für eine sachliche und faktenbasierte Jagdpolitik. Wir wollen ein modernes Wildtiermanagement, das auf einem kooperativen Miteinander von Jägern auf der einen und der Forst- und Landwirtschaft auf der anderen Seite fußt und auf aktuelle und langfristige Entwicklungen reagieren kann. Für eine „waidgerechtere“ Jagd setzen wir uns für einen zukünftigen Einsatz von Schalldämpfern zur Lärmreduktion und für Nachtzielgeräte zur besseren Treffsicherheit ein. Den Ersatz bleihaltiger Munition wollen wir vorantreiben.

7) Heimatlose domestizierte Tiere in Berlin

a) Stadtaubenmanagement

Wird Ihre Partei die Einrichtung und Finanzierung eines berlinweiten Taubenmanagements sicherstellen?

Wenn ja, wie wird Ihre Partei das Taubenmanagement in den Bezirken umsetzen?

Ja, wir sprechen uns klar für ein berlinweites Taubenmanagement – wie z.B. für betreute Taubenschläge - aus, da allein auf diesem Wege eine tierschutzgerechte Regulierung der Taubenpopulation erreicht werden kann. Hierzu müssen die Bezirke finanziell und personell nach ihren Bedarfen ausgestattet werden.

b) Kastrationsgelder für Katzen

Wird Ihre Partei weiterhin Gelder für die Kastration freilebender Katzen bereitstellen?

Wenn ja, in welcher Höhe?

Um ein Anwachsen der Population freilebender Katzen zu verhindern und die Tierheime vor hohen Kosten durch deren Aufnahme zu schützen, wollen wir in jedem Fall weiterhin Gelder für eine Kastration bereitstellen. Die hierfür nötige Höhe der Finanzierung wird sich dabei nach den Bedarfen richten und diese vollumfänglich decken müssen.

8) Tierschutz und Ernährung

Wird Ihre Partei pflanzenbasierte Mittagsangebote auf allen Speiseplänen der Berliner Gemeinschaftsverpflegung steigern?

Antwort bitte begründen.

Nein. Eine solche Maßnahme ist vor allem zwischen den Beteiligten (Betreibern, Nutzern) zu klären, nicht durch politische Vorgaben.

9) Unterstützung der Veterinärbehörden

Wird Ihre Partei die Berliner Behörden finanziell sowie personell vollumfänglich stärken, damit die Durchsetzung des Tierschutzgesetzes sowie der Tierschutz-Versuchstierverordnung vollends gelingt?

Antwort bitte begründen.

Wir sehen eindeutig, dass die Berliner Veterinärbehörden in einigen Berliner Bezirken durch die früheren Sparmaßnahmen ihren vielfältigen Aufgaben nicht mehr sachgemäß nachkommen können und das Verfassungsgebot des Tierschutzes an manchen Stellen nicht mehr umgesetzt werden kann. Eine ausreichende Ausstattung der Veterinärbehörden mit Personal und Sachmitteln ist für uns – insbesondere im Hinblick auf die durch die Einführung des Verbandsklagerechts verursachten Zusatzaufgaben – daher absolut unabdingbar.

10) Silvesterböllerei beenden

Wird Ihre Partei die Silvesterböllerei beenden?

Wenn ja, wie?

Wenn nein, warum nicht?

Nein, unsere Partei spricht sich nicht für ein generelles Verbot des Silvesterfeuerwerks aus, da es einen zu starken Eingriff in die Handlungsfreiheit der Berliner Bürgerinnen und Bürger bedeuten würde. Wir sprechen uns dagegen für einen Aufruf zum freiwilligen Verzicht von Feuerwerk an besonders belasteten Orten aus.

11) Artenschutz in Berlin

a) Gebäudebrüter

Wird Ihre Partei artenschutzrechtliche Begutachtungen und Ausweichmöglichkeiten zum Schutz der Gebäudebrüter verbindlich vorschreiben sowie den Vollzug stärken?

Antwort bitte begründen?

Die FDP Berlin setzt sich für einen alle Tierarten umfassenden Artenschutz ein. Den Vollzug bestehender Vorgaben durch die zuständigen Behörden bei Abriss und Sanierung von Gebäuden wollen wir deshalb stärken.

Insgesamt besteht auch das Problem, dass die bestehenden Vorgaben zur Gebäudedämmung den Schutz der Gebäudebrüter erschweren bzw. diesem teilweise entgegenstehen. Für eine Integration spezieller Bauelemente wie Nisthilfen braucht es nicht nur gesetzliche Nachbesserungen, sondern auch eine enge Zusammenarbeit und Aufklärung aller am Bau Beteiligten.

b) Invasive Arten

**Wird Ihre Partei Tierheime und Auffangstationen, die zur Aufnahme invasiver Arten gezwungen sind, finanziell unterstützen?
Wenn ja, welche Maßnahmen sind darüber hinaus geplant?**

Ja, denn Tierheime und andere Auffangstationen übernehmen durch die Aufnahme invasiver Arten öffentliche Aufgaben. Damit die hohen Anforderungen des Tierschutzes auch hier vollumfänglich eingehalten werden können, sollten sie auch öffentliche Zuschüsse und umfassende veterinärmedizinische Unterstützung bekommen. Dies gilt insbesondere deshalb, da die dort verwahrten Tiere artgerecht gehalten und lediglich an ihrer Vermehrung und an einem Entlaufen gehindert werden sollten. Bei einer Übersteigerung der räumlichen und finanziellen Kapazitäten der Tierheime und Auffangstationen sollten im Sinne des Tierschutzes daher auch immer weitere Möglichkeiten der Unterbringung geprüft und unterstützt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Marcel Schwemmlin
Landesgeschäftsführer der FDP Berlin